



BERICHT AUS BERLIN von Dr. Inge Gräßle



28.01.2022

Ausgabe 004

Transatlantischer Schulterschluss und Solidarität mit der Ukraine Und: Unser Einsatz für verfassungskonforme öffentliche Haushalte

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die intensiven Bemühungen der US-Administration und der NATO für eine starke gemeinsame Antwort auf Russlands aggressives Verhalten.

Für uns ist klar, dass die territoriale Integrität der Ukraine nicht verhandelbar ist. Die Uneinigkeit und das Zögern der Ampel-Koalition z.B. bei Unterstützungsleistungen für die Ukraine zur Selbstverteidigung dürfen das Verhältnis zu unseren Bündnispartnern nicht weiter belasten.

Insbesondere die SPD ist in der Frage des Verhältnisses zu Moskau gespalten und das erweist sich jetzt als Problem. Deutschland sollte im engen transatlantischen Schulterschluss eine tragende Rolle in der NATO anstreben und seinen Worten auch Taten folgen lassen. Unsere außenpolitische Glaubwürdigkeit hängt davon ab.

Unser Einsatz für verfassungskonforme öffentliche Haushalte

Die Ampel-Koalition setzt auch Deutschlands haushaltspolitische Glaubwürdigkeit leichtfertig aufs Spiel. Am gestrigen Donnerstag ist der Nachtragshaushalt verabschiedet worden. Mit zweckgebundenen Kreditermächtigungen aus der Corona-Pandemie sollen teure Ampel-Versprechen finanziert werden. Solide, seriös und nachhaltig geht anders.

Viele Gespräche mit Verfassungsrechtlern haben uns in der Ansicht gestärkt: Dieser Nachtragshaushalt ist nicht verfassungsgemäß. Deshalb werden wir uns im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht für unsere haushaltspolitischen Überzeugungen einsetzen, damit auch künftige Generationen finanzielle Spielräume haben.



Ich selbst durfte im französischen Sender „France24“ live die deutschen Befindlichkeiten erläutern und habe mich dezidiert für Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen. Worte reichen irgendwann nicht mehr aus!

Eklatante Führungsschwäche der Bundesregierung in der Pandemie

„Nichts Genaues weiß man nicht.“ – So könnte das Motto der Ampel-Koalition lauten. Deutschland leidet unter der Omikron-Welle. Die Infektionszahlen erreichen deutschlandweit immer neue Höchststände. Nur die Impfung bewahrt uns vor noch bedrohlicheren Zahlen auf Deutschlands Intensivstationen. In einem solchen Moment wäre politische Führung gefordert. **Wir brauchen jetzt endlich Klartext bei Impfkampagne, Impfpflicht und Impfregister.**

Die deutsche G7-Präsidentschaft nutzen – in schwierigen Zeiten Führung zeigen

Deutschland hat am 1. Januar 2022 die G7-Präsidentschaft übernommen. Die Erwartungen an Deutschland, sich aktiv und mit dem gesamten Instrumentenkasten – diplomatisch, humanitär, entwicklungspolitisch und militärisch – einzubringen und Fortschritte auf Basis der Beschlüsse des letzten G7-Gipfels in Cornwall zu erreichen, sind stetig gestiegen.

Mit einem Antrag richten wir mehrere notwendige Forderungen an die neue Bundesregierung: Die bevorstehende G7-Präsidentschaft muss genutzt werden, um die G7 als Zusammenschluss demokratischer Staaten gegenüber den Anfeindungen und Angriffen autoritärer Staaten und Ideologien zu stärken. Wir erwarten von der Ampel, dass sie die G7 als Kern einer weltweiten „Allianz der Demokratien“ ausbaut und in diesem Sinne an die erfolgreiche G7-Präsidentschaft des Vereinigten Königreichs anknüpft.

Vermarktung regionaler Lebensmittel stärken – Agrarexporte ausbauen

Die Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland erzeugt eine Bruttowertschöpfung von rund 194 Milliarden Euro im Jahr. Allein ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft – in der Regel verarbeitete und veredelte Nahrungsmittel und Ernährungsgüter – wird exportiert. 75 Prozent der Exporte gehen in EU-Mitgliedstaaten.

Mit einem Antrag richten wir konkrete Forderungen an die Bundesregierung, um den Absatz regionaler Agrargüter zu steigern, Agrarexporte zu stärken und die Exportmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen auszubauen.

Es soll eine nationale Agrar-Marketingagentur geschaffen werden. Diese soll die heimische regionale Agrarwirtschaft im In- und Ausland noch bekannter machen, Agrarmarketing-agenturen der Bundesländer unterstützen und die Leistungen der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in Deutschland öffentlichkeitswirksam darstellen. Zudem soll der Agrarexport als wichtige Säule der Agrarwirtschaft anerkannt und unterstützt werden.

Jahreswirtschaftsbericht 2021

Wir debattieren den Jahreswirtschaftsbericht, den Bundeswirtschaftsminister Habeck am Freitag im Bundestag vorgestellt hat. In der Wirtschaftspolitik sind derzeit sowohl aktuelle, kurzfristige Herausforderungen (z.B. hohe Energiepreise, gestörte Lieferketten) als auch strukturelle Herausforderungen (z.B. Digitalisierung, Klimaschutz) zu bewältigen. Nur so können wir nachhaltiges Wachstum sichern.

Die Konjunktur- und Inflationszahlen entwickeln sich derzeit weiter nachteilig. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der erste Jahreswirtschaftsbericht der neuen Bundesregierung hier ausreichend Antworten gibt. Bisher stehen für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz insbesondere die Klima- und Energiepolitik im Mittelpunkt. Es braucht darüber hinaus zügig neue wirtschaftspolitische Impulse für einen „Neustart“ der Wirtschaft nach Corona und einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Insbesondere sollten dabei Unternehmen – vor allem des Mittelstands – gezielt entlastet werden.

Was gar nicht geht: Einfach mal ein Programm in der Wohnungsbauförderung vorzeitig beenden und damit Hunderttausende Häuslebauer im Regen stehen zu lassen! Weiterlesen: [Klick](#)

Irak-Mandat der Bundeswehr

Namentlich abgestimmt haben wir über die Verlängerung des Mandats für den Irak-Einsatz der Bundeswehr (Anti-IS).

Wir unterstützen die Fortsetzung dieses wichtigen Einsatzes, um die Stabilisierung im Irak zu sichern, ein Wiedererstarken des IS verhindern und Versöhnung in Irak zu fördern. Ziel des deutschen Engagements im Irak ist es, durch einen vernetzten Ansatz zu einer umfassenden und nachhaltigen Stabilisierung der Region beizutragen.

Der deutsche militärische Beitrag dient dazu – in Ergänzung des deutschen und internationalen Stabilisierungsengagements – Erreichtes abzusichern, Fortschritte auszubauen und Rückschritte insbesondere im Kampf gegen den IS zu verhindern.

Auch wenn wir kritisieren, dass Syrien aus dem Einsatzgebiet der Bundeswehr herausgenommen wird, stimmen wir dem Mandat zu. Das Mandat soll bis zum 31. Oktober 2022 verlängert werden, die personelle Höchstgrenze verbleibt bei 500 Soldaten.

#WeRemember

Der Deutsche Bundestag beteiligt sich in diesem Jahr an der Kampagne „#WeRemember“ aus Anlass des internationalen Holocaust-Gedenktages am Donnerstag, 27. Januar 2022.

Die Kampagne wurde 2017 vom Jüdischen Weltkongress (World Jewish Congress, WJC) zusammen mit der Unesco, der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation, ins Leben gerufen. Sie richtet sich nicht nur gegen Antisemitismus und alle Formen von Völkermord, Hass und Fremdenfeindlichkeit, sondern will auch zur weiteren Aufklärung über den Holocaust beitragen.



Hauptbestandteil der diesjährigen Kampagne ist eine digitale Erinnerungsaktion: Menschen aller Länder und Religionen sind dazu aufgerufen, vom 20. bis 27. Januar 2022 Fotos, auf denen sie ein Plakat mit der Aufschrift „#WeRemember“ halten, in den sozialen Medien zu veröffentlichen.

Im Bundestag wurde bis 27. Januar 2022 jeweils von 16 Uhr bis 7 Uhr der Schriftzug „#WeRemember“ auf die westliche Seite des Reichstagsgebäudes projiziert:



Die Teilnahme an der Kampagne steht im Zeichen des Engagements des Bundestages für das Gedenken an den Holocaust. Der Einsatz gegen Antisemitismus soll so auch in der digitalen Welt sichtbar gemacht werden.